

heutigen Tages zu bewerten, wonach Sie alle geplanten neuen Stellen in Bayern einsparen wollen? Wir müssen ein Stellenmoratorium machen - so Ihre Aussage bei einem Treffen mit CSU-Abgeordneten. Das würde doch genau dazu führen, dass Teile der Dienstrechtsreform nicht in dem Zeitrahmen umgesetzt werden können, wie wir das gemeinsam wollten.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Minister, bitte.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Frau Naaß, Sie haben sich dreimal auf den "Münchner Merkur" bezogen, der eine gute Zeitung ist. Bei Ihrer Nachfrage haben Sie ihn noch einmal zitiert. Ich stelle trotzdem fest: Sie haben aus einem Artikel zitiert, der offensichtlich versucht, mich über Dritte zu zitieren. Das Zitat ist von mir nicht freigegeben, und deshalb werde ich an dieser Stelle keine konkrete Antwort geben.

Eines ist aber klar: Wir haben in den letzten Jahren zu Recht, sowohl auf der Stellenseite als auch bei den Hebungen, gute Entscheidungen getroffen. Wenn ich zu prüfen habe, dass aus den einzelnen Ressorts am Ende über 10.000, 13.000 oder 15.000 neue Stellen kommen, dann sage ich eben hier und heute: Wir müssen angesichts der wirtschaftlichen Situation jede einzelne Anmeldung auf Herz und Nieren prüfen. Ich glaube, dass unser öffentlicher Dienst gut ausgerichtet ist und dass es nicht so weitergehen kann, immer neue Stellen im öffentlichen Dienst auszubringen.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Minister. Die zweite Zwischenbemerkung wurde zurückgezogen und hat sich erledigt. Vielen Dank, dass Sie Rede und Antwort gestanden haben.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wie angekündigt, führen wir diese in namentlicher Form durch. An den bewährten Stellen sind die gläsernen Urnen aufgestellt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Wir haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird draußen ermittelt und nachher bekannt gegeben.

Ich rufe auf zur gemeinsamen Behandlung:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Einführung der Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5210)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)**  
**Einführung einer Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5218)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Ende der Atom-Subventionen gefordert (Drs. 16/5219)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner für die Fraktion der GRÜNEN ist Herr Kollege Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aktuell findet zur Stunde im Kanzleramt der Atompokker statt. Die vier Bosse der großen Atomkonzerne und die Kanzlerin diskutieren über die Brennelementesteuer. Die Brennelementesteuer ist ein Teil des Sparpaketes, das die Bundesregierung vorgeschlagen und auf den Weg bringen will. Dieser Teil des Sparpakets ist durchaus berechtigt und sinnvoll. Einmal ist die Brennelementesteuer dringend notwendig, da sich durch die Einführung des Emissionshandels die Chancengleichheit und die Gleichheit der Besteuerung der fossilen Energieträger im Verhältnis zu den nuklearen Energieträgern verschoben hat. Das heißt, die Kernkraftwerke haben eine zusätzliche Privilegierung bekommen, die man durch eine Brennelementeabgabe bzw. Brennelementesteuer ausbessern müsste.

Bei diesem Thema ist aber nicht nur Gerechtigkeit einzufordern, es geht auch um die Kosten der Kernkraft in diesem Land. Das betrifft zum einen die Frage der Entsorgung. Seitdem die Risikotechnik Kernkraft in diesem Land eingesetzt wird, sind massenweise Kosten auf die Allgemeinheit umgelegt worden. Aktuellstes Beispiel ist Asse. Die Sanierung des absaufenden Bergstocks kostet mindestens 3,7 Milliarden Euro. Kein Cent von der Atomwirtschaft, das soll der Steuerzahler übernehmen. Man könnte die Liste ewig fortsetzen. Ich nenne auch - daran können sich sicher noch einige erinnern; es war nach der Wende - die

Sanierung des Uranabbaus in Wismut, die mehrere Milliarden verschlungen hat, bezahlt vom Steuerzahler. Morsleben; das übernimmt der Steuerzahler. Zu Asse ist noch zu sagen: 90 % des Mülls, der in Asse liegt, stammt aus dem Betreiben der Kernkraftwerke, also aus dem Kreislauf der Brennelemente. Die Kernkraftwerksbetreiber wollen aber kein bisschen von diesen Kosten übernehmen. Ein Sechstel dieses Mülls stammt übrigens aus dem Bundesland Bayern.

Ein weiterer Bereich, in dem immer noch die Kernkraft - auch indirekt, auch hier in Bayern - subventioniert wird, ist der von Eon ins Leben gerufene Lehrstuhl für Nukleartechnik in München. Eon wird immer als der große Stifter dieses Lehrstuhls hingestellt. Eon übernimmt ein Drittel der Kosten dieses Lehrstuhls, zwei Drittel übernimmt der bayerische Steuerzahler. Die Kernkraft verursacht also eine Reihe von Kosten, die es durchaus rechtfertigen, dass eine Brennelementesteuer kommen muss.

Das Thema Brennelementesteuer muss unabhängig von der Laufzeitverlängerung behandelt werden. Diese Verzerrung beim Wettbewerb mit fossilen Energieträgern haben wir seit Einführung des Emissionshandels. Die ersten Zertifikate wurden praktisch verschenkt. In Zukunft soll zumindest ein Teil versteigert werden. Ich hoffe, dass eines Tages 100 % versteigert werden. Wenn die Kernkraftwerke keine Kosten für den Nuklearbrennstoff haben, aber auf die anderen Energieerzeuger mehr Kosten durch den Emissionshandel zukommen, muss es zu einem Ausgleich kommen.

Ich komme zu einem weiteren Grund, und zwar zum Hauptgrund für unseren Dringlichkeitsantrag. Es ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten, dass die vier großen Kernkraftwerksbetreiber, die gleich sagen, sie wollen diese Steuer nicht, sobald davon in der Zeitung zu lesen ist, sofort einen Termin bei der Kanzlerin bekommen. Ich frage mich schon, ob die anderen, die auch vom Sparpaket wirklich betroffen sind, ähnlich schnell einen Termin bei der Kanzlerin bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Kernkraftwerksbetreiber greifen einfach zum Telefon und sitzen wenig später im Kanzleramt. Das ist wirklich erstaunlich und zeigt, in welche Richtung das Ganze geht. Das ist nicht mit einem demokratischen Grundverständnis zu vereinbaren. Jegliche Steuer oder Abgabe, die man einführt, betrifft irgendwelche Firmen, die nicht alle sofort im Kanzleramt antanzen können. Dann würden wir beim Thema der Sanierung der Staatsfinanzen gar nicht mehr weiterkommen.

Die Kernkraftwerksbetreiber lassen über die Medien mitteilen, sie würden klagen, wenn die Steuer kommt. Sie sehen darin ein Aufbrechen des Atomkonsenses, in dem eine weitere Schlechterstellung der Kernkraftwerke ausgeschlossen worden ist. Damals gab es aber den Emissionshandel noch nicht; der kam erst später hinzu. Ich muss ganz klar sagen: Wenn einer den Atomkonsens aufkündigt, dann sind es seit 2005 die Kernkraftwerksbetreiber, die jegliche Möglichkeit nutzen, um daran zu kratzen. Seit dem Regierungswechsel versuchen sie ständig, den Konsens aufzukündigen. Sie können sich also wirklich nicht auf den Atomkonsens berufen, den sie selbst aufkündigen wollen.

Ich gehe noch kurz auf die beiden weiteren Anträge ein, die zu diesem Thema eingereicht worden sind, zunächst auf den Antrag der Regierungsfraktion. Diesem einen Satz, der im Antragstext steht, kann man zustimmen; das muss man ganz offen sagen. Sie hätten sich aber schon zur Formulierung durchringen können, dass das unabhängig von der Laufzeitverlängerung geschehen soll. In der Begründung - ich weiß, dass diese nicht Teil des Antrags ist - gehen Sie auch auf den Emissionshandel ein, den wir mit oder ohne Laufzeitverlängerung haben. Man könnte also durchaus in einem weiteren Satz davon sprechen, dass das unabhängig von der Laufzeitverlängerung geschehen soll; denn Sie können da beim besten Willen nicht von einer Gewinnabschöpfung sprechen, die Sie immer fordern. Sie führen eine weitere Steuer ein, die auf die Kunden einfach umgelegt wird, und Sie gehen nicht an die Gewinne. Sie gehen nicht an die 8,6 Milliarden Gewinne von Eon im letzten Jahr wirklich heran. Das ist keine Gewinnabschöpfung.

Die Brennelementesteuer ist ein sinnvolles Instrument, was wir GRÜNEN seit jeher fordern. Deshalb werden wir diesen Antrag von Ihnen unterstützen. Wir glauben aber nicht, dass Sie es damit wirklich ernst meinen. Die Kanzlerin hat immerhin gestern verkünden lassen, dass sie das unabhängig von der Laufzeitverlängerung durchführt. Deshalb könnten Sie leicht einen Schritt weitergehen, der Kanzlerin dabei folgen und das noch in den Antrag schreiben. Das wäre die ehrlichere Methode. Trotzdem stimmen wir zu. Dem Antrag der SPD stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion darf ich Frau Kollegin Gertraud Goderbauer das Wort erteilen, bitte schön.

**Gertraud Goderbauer (CSU):** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich festhalten, dass es bei der Brennelementesteuer um eine reine Bundessteuer geht. Das sind zusätzliche Einnahmen auf der Bundesebene zur dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung. Wir sind uns sicher darin einig, dass solide Staatsfinanzen Grundpfeiler einer verantwortungsvollen Politik und Kennzeichen christlich-liberaler Politik sind. Deutschland steht zu seiner Zusage, das strukturelle Defizit ab dem Jahr 2011 jährlich zurückzuführen. Da in dem letzten Jahr die Wirtschafts- und Bankenkrise hohe Ausgaben und deutlich gesunkene Einnahmen verursacht hat, gibt es ein Paket von zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten, und darunter fällt diese Brennelementesteuer. Sie dient, wie schon gesagt, der Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Für den Freistaat Bayern wird dabei nichts herauspringen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Wenn wir uns damit beschäftigen würden, wäre das vielleicht schön, aber so ist es nicht. Die Brennelementesteuer ist nach dem Vorschlag des Finanzministeriums völlig unabhängig von einer möglichen Laufzeitverlängerung. Auch die Bundeskanzlerin hat sich vor wenigen Tagen in einem Interview der "BILD-Zeitung" genau in dieser Richtung geäußert.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Wir wollen - daher haben wir einen eigenen Antrag gestellt - keine weiteren Verknüpfungen mit der Brennelementesteuer herstellen. Mein Vorredner hat schon herausgestellt, dass die Kernenergiewirtschaft, anders als andere Energieproduzenten, nicht vom Emissionshandel betroffen ist. Daher ist aus unserer Sicht in Zukunft eine Besteuerung der Kernenergie angemessen. Allein durch die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen - auch das wurde angesprochen - einschließlich voraussichtlicher Kosten für das Endlager von Atommüll wird der Bund erheblich belastet. Ich will nicht alles wiederholen, was schon gesagt wurde.

Im Übrigen darf ich anmerken: Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht eine angemessene Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten vor, etwa der Schachtanlage Asse II. Das will ich nur als kleine Randbemerkung zum Antrag der GRÜNEN sagen. Aus diesen Überlegungen heraus und angesichts der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung erscheint die Beteiligung der Kernenergiewirtschaft gerechtfertigt.

Die Bundesregierung unternimmt damit einen wichtigen Schritt zur Haushaltskonsolidierung. Diesen

Schritt wollen wir natürlich unterstützen. Wir hatten hier selten Dringlichkeitsanträge zu beraten, bei denen wir uns im Kern der Sache so einig waren wie hier bei der Brennelementesteuer. Wir wollen keine Verknüpfung mit energie- oder umweltpolitischen Fragen, wie das aus den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN herauszulesen ist. Außerdem läuft der Atomgipfel in Berlin. Wir kennen allerdings das Ergebnis nicht, werden aber bald mehr erfahren.

Allein aus der Tatsache, dass jemand einen Gesprächstermin bekommt, kann man nicht ableiten, dass er gegenüber anderen Gruppierungen bevorzugt wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Das wäre wohl allzu einfach.

In der Sache sind wir uns einig. Ich bitte um Unterstützung des Antrags der CSU und der FDP und bitte um Verständnis dafür - ich habe das begründet -, dass wir die beiden anderen Dringlichkeitsanträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer und anderer und Fraktion der Freien Wähler zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern auf Drucksache 16/5209 bekannt geben. Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt; mit Nein haben 83 Abgeordnete gestimmt; es gab 8 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Zum aktuellen Tagesordnungspunkt darf ich nun das Wort an Kollegen Ludwig Wörner von der SPD-Fraktion weiterreichen, bitte schön.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen mit unserem Antrag deutlich machen, dass es keine Verknüpfung geben darf zwischen Laufzeitverlängerung und Besteuerung der Brennelemente, auch wenn sie geistig bei allen mitspielt. Bei der CSU ist sowieso klar, bei der FDP auch, dass das verbal nicht begründet wird. Bisher waren aber Sie diejenigen, die die Kernkraft auf Teufel komm raus befördert haben, obwohl die Probleme bekannt sind.

Vor Kurzem habe ich schon einmal versucht, deutlich zu machen, dass wir die Technikgläubigkeit zwar alle in uns haben, es aber schwierig wird, wenn man es so

macht wie Sie. Zurzeit erleben wir ein Öldesaster, das wir nicht beherrschen und das es gemäß der Philosophie bei der Entscheidung zum Bohren eigentlich gar nicht hätte geben dürfen. Trotzdem haben wir das Desaster.

Die CSU hat bezüglich der Atomtechnik stets gesagt, diese gehe in Ordnung und es passiere nichts. Auf bayerisch könnte man sagen: Nun hat man den Dreck im Schachterl. Leider haben wir jetzt ein heftiges Problem, aus dem sich die Staatsregierung mit einer "genialen" Informationspolitik herausstiehlt. Und, meine Damen und Herren, wir hatten Tschernobyl. Ist Ihnen das noch immer nicht genug? - Sie verhalten sich jedenfalls so. Ist Ihnen das nicht Warnung und Anlass genug, darüber nachzudenken, ob dieser Weg weiter beschritten werden soll? - Anscheinend nicht. Sie sollten die Zusammenhänge zwischen der Verlängerung mit einer weiteren Überproduktion von Giftstoffen, die nicht mehr verschwinden, nicht leugnen. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, nur die Brennelemente zu besteuern.

Sie werden niemandem erklären können, dass ein normaler Bürger für alle Zinsen 25 % Zinsabschlagsteuer zahlen muss, diese steuerrechtliche Regelung aber nicht für die Energieerzeuger gilt. Das bedeutet, dass die vier großen Energieerzeuger für die Rückstellungen in Höhe von 70 bis 80 Milliarden Euro keinen Cent Zinsabschlagsteuer zahlen müssen. Sie können mit diesem Geld jeden Unfug dieser Welt betreiben. Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten uns sagen, wie wir einem Wähler dies vermitteln wollen. Das kann nicht funktionieren, weil das dem Gerechtigkeitssinn widerspricht. Ich meine, dass die meisten hier im Haus bei gründlicher Überlegung auch zu diesem Ergebnis kommen werden.

Ich meine deshalb, dass wir beides machen müssen: Zum einen sollte die Abschlagsteuer erhoben und zum anderen die Besteuerung der Brennelemente eingeführt werden. Allerdings muss der Verdacht vermieden werden, das bayerische Parlament sei käuflich und lasse sich die Laufzeitverlängerung abkaufen. Zwar sind es die Energieerzeuger, die die Vereinbarung brechen, aber Sie sind Helfershelfer beim Vertragsbruch. Das darf nicht sein. Man sollte nicht meinen, dass das nicht wichtig wäre, weil man Geld braucht. Das Ergebnis sollte nicht sein, dass die Energieerzeuger die Laufzeitverlängerung bekommen, die wir nicht wollen. Ich habe deshalb die Bitte an die Koalitionsfraktionen, unserem Antrag zuzustimmen. In diesem Falle wird die SPD dem Antrag der Regierungsfractionen zustimmen. Wenn nicht, wird sich die SPD der Stimme enthalten. Dem Antrag der GRÜNEN wird die SPD zustimmen, weil wir gemeinsam den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Ich empfehle Ihnen, mit dieser Materie nicht länger zu spielen. Wir haben nicht einmal eine Ölbohrstelle im Griff und können das auch nicht von der Atomenergie behaupten, wo jeder Unfall bedeuten kann: Restrisiko ist gleich Todesrisiko. Kann es sein, dass wir das verdrängen, weil wir meinen, technisch alles beherrschen zu können? - Sie wissen so gut wie ich, dass man Technik ebenso wenig wie den Menschen letztendlich beherrschen kann. Deshalb meine ich, dass es dringend geboten ist, die Brennelementesteuer einzuführen, zeitgleich Gerechtigkeit zu schaffen und die Zinsabschlagsteuer zu berechnen. Ich bitte, dem Antrag der SPD zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Nächste Wortmeldung: Kollege Glauber für die Fraktion der Freien Wähler.

**Thorsten Glauber (FW):** Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor um 20.30 Uhr im südafrikanischen Winter die Luft brennt, beschäftigen wir uns mit dem brennenden Element, der Brennelementesteuer.

Uns liegen drei Dringlichkeitsanträge vor. Ich beginne mit dem Antrag der Regierungsfractionen aus CSU und FDP. Diesem Antrag werden wir nicht zustimmen; denn die Antragsteller haben es leider nicht geschafft, ihre Forderung von der Laufzeitverlängerung abzukoppeln. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir befürchten, dass sich der Spruch bewahrheiten wird: "Geld stinkt nicht". Man wird die Laufzeit verlängern. Die Bevölkerung wird sagen, die Politiker haben sich hineintreiben lassen. Erst haben sie das Geld genommen und dann die Laufzeit verlängert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Deshalb werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten.

Bei den Dringlichkeitsanträgen der GRÜNEN und der SPD sieht es anders aus. Diesen Anträgen werden wir zustimmen. Es darf nicht sein, dass die Endlagekosten sozialisiert und auf die Bürger abgewälzt werden. Deshalb wollen wir keine Beschneidung der regenerativen Energien. Die Brennelementesteuer befürworten wir, um Gewinne abzuschöpfen, nicht aber die Laufzeitverlängerung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Nächster Redner: Herr Kollege Thalhammer für die FDP.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Wortspiel

des Kollegen Glauber zum Thema Brennelementesteuer und zum heutigen Fußballspiel Deutschland gegen Ghana fortführen: Ich hoffe, dass die Fußballnationalmannschaft heute Abend so brennt, dass das Spiel vergnügungssteuerpflichtig wird.

(Zurufe - Staatsminister Joachim Herrmann: Sie haben den Ernst der Lage nicht erkannt, Herr Kollege!)

Ich hatte bemerkt, dass das Thema Brennelementesteuer zu thematischen Ausschweifungen animiert. Ich möchte zum Thema zurückführen. Die Einführung der Brennelementesteuer ist zu unterstützen als ein wichtiges Element von mehreren des Sparpakets auf Bundesebene. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist gut, aber auch überfällig, dass die Politiker lernen zu sparen. Mit Schwarz-Gelb ist dies in Berlin anscheinend möglich.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt gute Gründe, die Brennstäbe zu besteuern. In der Welt der konventionellen Energieträger ist die Kernenergie gegenüber Kohle und Gas bevorzugt. Bei den anderen Energieträgern wird auf das Abfallprodukt CO<sub>2</sub> eine Abgabe erhoben. Auf das Abfallprodukt der Kernenergie, die Brennstäbe, wird bis dato keine Abgabe erhoben. Deswegen ist es vertretbar, diese Steuer einzuführen. Das hat mit gerechter Behandlung der konventionellen Energieträger und mit Technologieoffenheit zu tun. So wie die FDP im Rahmen der erneuerbaren Energien im Bayerischen Landtag gefordert hat, die Benachteiligung von Biogas auf dem Wärmemarkt aufzuheben, setzt sie sich für die Technologieoffenheit bei den konventionellen Energien ein.

Ein zweiter guter Grund für die Einführung der Brennelementesteuer ist, dass diese Steuer nicht an den Endverbraucher weitergegeben wird. Mir werden Sie das nicht glauben, aber das ist auch die Einschätzung des Energieexperten Hermann vom Öko-Institut. Das ist logisch nachvollziehbar. Ich will heute ausnahmsweise die sonst von Herrn Hartmann oft zitierte Leipziger Strombörse heranziehen. Dabei ist festzustellen, dass auch nach der Einführung der Brennelementesteuer die Gewinnspanne für die jeweiligen Konzerne noch ausreichend sein wird. Deshalb kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Steuer mit einer Stromerhöhung an die Endkunden weitergegeben wird.

In der Welt der erneuerbaren Energien haben wir versucht, übertriebene Gewinne - Stichwort Solar - in einen vernünftigen Rahmen zu setzen. Somit müssen wir das auch bei der Kernenergie mit dem Hebel der Brennelementesteuer machen.

Ein weiterer Grund für die Einführung der Brennelementesteuer ist der Beitrag der jeweiligen Unternehmen für die Sanierungskosten, zum Beispiel für Asse II. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Antragstellern, Sanierungskosten können Sie hier mit aufführen. Sie führen in Ihrem Antrag aber auch etwaige Verfehlungen der Unternehmen bei der Forschung auf. Diesen Schwarzen Peter können Sie den Energieunternehmen nicht zuschieben. Rot-Grün hat das Moratorium von Gorleben eingeführt und damit die Forschungsarbeiten gestoppt. Mit Schwarz-Gelb ist es nun endlich wieder möglich, dass wir auch auf dem Gebiet der Endlagerung forschen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Zur Einführung der Brennelementesteuer sagen wir Ja. Natürlich ist die Brennelementesteuer verknüpft mit der Diskussion über die Laufzeitverlängerung. Deswegen sprechen wir auch darüber. Natürlich ist sie verknüpft mit der Diskussion, sie ist aber nicht verknüpft mit den Zahlungen aus der Laufzeitverlängerung. Das möchte ich ganz klar zu Protokoll geben. Bei der Brennelementesteuer bitte ich um eine klare und sachliche Trennung. Deshalb können wir nur dem Antrag von Schwarz-Gelb zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Thalhammer, wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Kollege Thalhammer, Sie haben Gorleben angesprochen. Offensichtlich ist auch bei Ihnen ein Wandel eingetreten; denn Sie gehen offensichtlich davon aus, dass das Gutachten genauso durchgepeitscht wird wie das Verfahren in Asse. Hernach wundern Sie sich wieder, wenn der Steuerzahler flucht, weil er mehr zahlen muss.

Weiter möchte ich Sie fragen, was Sie mit der Laufzeitverlängerung machen, wenn Sie diese Steuer bekommen und der von den Energieunternehmen angeordnete Prozess für die Bundesregierung negativ ausgeht. Dann haben Sie eine Laufzeitverlängerung, aber kein Geld. Das ist genial. Sie wissen, vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Bei Gericht gibt es fünf Juristen und sieben Meinungen. Mich würde interessieren, wie Sie dieses Risiko vermeiden wollen.

Sie haben fairerweise zugegeben, dass Sie die Brennelementesteuer und die Laufzeitverlängerung miteinander verknüpfen. Die Laufzeitverlängerung ist der Preis. Man kann es so machen. Wir würden es aber nicht so machen. Wesentlich erscheint mir das

Risiko des Prozesses, dessen Ergebnis wir noch nicht kennen, obwohl die Laufzeit schon verlängert ist. Mich würde interessieren, wie Sie damit umgehen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Thalhammer.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Kollege Wörner, ich fasse es gerne noch einmal zusammen und stelle ganz klar heraus, dass die Einnahmen aus der Brennelementesteuer nicht mit der Laufzeitverlängerung verknüpft werden. In der Diskussion wird das gerade gemacht. Im Koalitionsvertrag steht aber, dass wir zusätzliche Gewinne aus der Laufzeitverlängerung in die erneuerbaren Energien, in einen Fonds oder was auch immer überführen wollen. Die Brennelementesteuer ist davon unabhängig zu sehen. Diese Steuer ist ein Beitrag dazu, dass wir in Deutschland mehr Einnahmen generieren. Sie ist ein Beitrag zum Sparpaket.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Für die Staatsregierung äußert sich Herr Staatssekretär Pschierer.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in aller Kürze zu den eingereichten Dringlichkeitsanträgen und zum Thema Brennelementesteuer Stellung nehmen. Zunächst möchte ich den Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßen. Das wird Sie, meine Damen und Herren auf der anderen Seite, nicht wundern. Sie dürfen Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen hat ein ganz klares Ziel. Die Energiewirtschaft leistet wie andere Wirtschaftszweige ihren Beitrag dazu, dass wir auf Bundesebene ein ausgewogenes Sparpaket zustande bringen. Das sollten auch Sie anerkennen, meine Damen und Herren. Dieses Sparpaket ist nicht sozial unausgewogen, wie Sie es immer formulieren. Es ist ein klares Bekenntnis unsererseits, dass wir die Energiewirtschaft und die Wirtschaft insgesamt mit heranziehen.

Mich wundert, dass Sie jetzt das Thema Laufzeitverlängerung ansprechen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Entschuldigung, Herr Kollege, wir sprechen hier über Haushaltskonsolidierung. Das, was Sie meinen, ist Teil eines energiepolitischen Gesamtkonzepts der Bundesregierung. Dazu können Sie sich in Berlin gerne äußern. Die Brennelementesteuer hat aber nichts mit einem energiepolitischen Gesamtkonzept, sondern nur mit der Frage zu tun, ob sich die Energie-

wirtschaft und die Wirtschaft insgesamt an diesem Sparpaket beteiligen sollen. Nicht mehr und nicht weniger ist das.

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten und den Grünen, es ist schön, wenn Sie immer davon sprechen, wie die Kernenergie in diesem Lande bevorzugt wird. Schauen Sie sich einmal die Forschungsausgaben seit den fünfziger Jahren bis zum Jahr 2007 an. Was haben wir für die Förderung der Leichtwasserreakorttechnologie und anderer Projekte ausgegeben? - Es gab eine Förderung. Die größten Förderungen in der Energiepolitik erlaubten aber das Stromeinspeisegesetz und das EEG. Bis zum Jahr 2007 waren es über 25 Milliarden Euro. Darin ist sehr viel Sinnvolles enthalten. Zu diesem Förderprogramm steht auch die Staatsregierung. Sie hat ihren Beitrag dazu geleistet - -

(Widerspruch bei der SPD)

Es gibt in Deutschland kein Bundesland, das in den letzten Jahren den Anteil der regenerativen Energien stärker gesteigert hat als der Freistaat Bayern. Das war CSU-Politik, dazu haben wir noch nicht einmal einen Koalitionspartner gebraucht.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die vermeintliche Subvention noch deutlicher formuliert haben. Schauen Sie doch in die einschlägigen Bundestagsdrucksachen hinein. Selbst die rot-grüne Bundesregierung hat in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestags festgestellt, dass es für die kommerzielle Stromerzeugung keine Subventionen durch die Kernenergie gegeben hat. Es gibt sehr wohl eine Förderung für die regenerativen Energien. Dafür ist sie gerechtfertigt. Dazu stehen wir auch. Sie dürfen aber nicht die Unwahrheit sagen. Ich gehe davon aus, dass sich neben dem Freistaat Bayern auch der Bund am weiteren Ausbau der regenerativen Energien beteiligen wird.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Vielleicht später, jetzt aber bitte nicht.

Der Freistaat Bayern war auf diesem Gebiet vorbildlich. Verwechseln Sie aber nicht die Haushaltskonsolidierung und den Beitrag der Wirtschaft zum Sparpaket mit einem energiepolitischen Gesamtkonzept!

Ganz kurz noch zur SPD: Manchmal frage ich mich, ob Ihre Fraktionsgeschäftsstelle so miserabel ausgestattet ist, dass Sie solche dusseligen Anträge mit einer so schlechten Begründung formulieren. Sie

sprechen von der Zinsabschlagsteuerbefreiung. Selbst Ihr ehemaliges Mitglied Lafontaine - inzwischen ist er nicht mehr bei Ihnen - könnte Ihnen erzählen, weshalb der Begriff Zinsabschlagsteuerbefreiung in diesem Zusammenhang nicht passt. Auf der anderen Seite wurde auch für die Kernenergiebetreiber die Verpflichtung eingeführt, ein Kernkraftwerk am Ende der Laufzeit stillzulegen. Dafür muss Vorsorge getroffen werden. Dazu dienen die Rückstellungen. Das hat nichts mit Privilegierung, Subvention oder sonst etwas zu tun. Deshalb bitte ich das Hohe Haus darum, dass es die Anträge von SPD und Grünen ablehnt und dem Koalitionsantrag, dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP, zustimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, wir haben zwei Zwischenbemerkungen, eine vom Kollegen Hartmann und dann eine vom Kollegen Wörner. Herr Kollege Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass nach Ihrer Aussage Bayern auf Platz eins bei der erneuerbaren Stromversorgung steht? Oder habe ich Sie falsch verstanden? Eine weitere Frage - -

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Was die Stromversorgung angeht, Herr Kollege, wissen Sie so gut wie ich, dass knapp - -

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, bitte lassen Sie Herrn Kollegen Hartmann seine Zwischenbemerkung im Zusammenhang machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie können sich jederzeit zu Wort melden, aber nicht dazwischenquatschen! - Georg Schmid (CSU): Der Kollege Dürr muss das sagen, der immer selber dazwischenquatscht! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Kollege Dürr, bei Ihnen fällt mir immer nur ein - -

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Nein, Herr Staatssekretär, ich bitte Sie - -

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Der Name Dürr ist schlichtweg Programm. Es ist immer - -

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, wir lassen jetzt den Kollegen Hartmann seine Zwischenbemerkung machen.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Meine zweite Frage: Ist Ihnen bewusst, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien im Strombereich einmal auf Platz eins stand, aber nicht mehr auf Platz eins steht, weil es bereits von mehreren Ländern überholt worden ist? Weiterhin möchte ich wissen, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass die gesamten Ausgaben für die Unterstützung der Kernenergie in den letzten Jahrzehnten unter 25 Milliarden Euro lagen. Gebe ich Sie da richtig wieder? Asse, Wismut, Wackersdorf und der Rückbau bestimmter Anlagen sollen unter 25 Milliarden geblieben sein?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Kollege, zu den beiden Fragen, zunächst zu Frage eins: Bei regenerativen Energien und der Stromerzeugung müssen Sie den Anteil der regenerativen Energien an der Primärenergie und den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung unterscheiden. Sie müssen differenzieren: Bei der Stromerzeugung ist der Freistaat Bayern das Bundesland, das mit über 60 % derzeit den höchsten Kernenergieanteil hat. Der Bundesdurchschnitt liegt bei gut über 20 %. Meine Damen und Herren, Sie wissen aber auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Bayern, seine prosperierende Entwicklung damit zusammenhing, dass wir - küsten- und revierfern - auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gesetzt haben. Was aber den gesamten Energiebereich angeht, so ist der Ausbau der regenerativen Energien im Freistaat Bayern, verglichen mit den anderen Bundesländern, Spitze. Der Ausbau ist unterschiedlich, was Wasserkraft, Solarenergie und ähnliche Energieformen angeht. Wir sind sicher stärker bei der Bioenergie, weil wir mehr Biomasse haben, vielleicht etwas weniger Windkraft als Offshore. Wenn Sie aber die Summe betrachten, dann ist der Anteil der regenerativen Energien im Freistaat Bayern in den letzten Jahren am größten.

Die zweite Frage betraf die Forschungsausgaben und die vermeintlichen Subventionen: Sie selbst haben auf die Bundestagsdrucksache 14/8484 verwiesen. Da steht drin - und das wurde durch die rot-grüne Bundesregierung bestätigt -, es gab keine Subvention für die kommerzielle Stromerzeugung oder für die Kernenergie.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Für die Forschung!)

- Für die Forschung gab es gut 14 Milliarden Euro. Das war Anschubfinanzierung für die Forschung für die Leichtwasserreakorttechnologie und für den Brennstoffkreislauf. Davon haben aber, meine Damen und Herren, auch die deutsche und die bayerische

Wirtschaft profitiert. Manches Kernkraftwerk - und darüber bin ich froh, das sage ich hier in aller Deutlichkeit - wurde mit deutschem Wissen und deutscher Technologie auch im Ausland gebaut. Diese Forschungsmittel haben also auch dazu gedient, Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich in Deutschland und im Freistaat Bayern zu sichern. Was die regenerativen, die erneuerbare Energien angeht, so sind wir bei 25 Milliarden Euro.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, wenn ich darauf hinweisen darf, die Redezeit für Zwischeninterventionen ist für beide Seiten auf zwei Minuten begrenzt. Wir kommen deshalb jetzt bitte zur nächsten Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Staatssekretär, es kann sein, dass wir, weil wir für Gerechtigkeit für alle Menschen stehen, hier im Vergleich zu Ihnen besser abschneiden. Es geht um Ihre Diktion, dargestellt am Beispiel der Zinsabschlagsteuer. Jeder von uns zahlt diese Steuer, es sei denn, er betrügt den Staat. Das will ich hier aber niemandem unterstellen. Wo ist Ihr Problem, die Steuersystematik so zu verändern, dass die Zinsabschlagsteuer auch für Rückstellungen der Kernenergiewirtschaft gilt? Ich habe mich damit sehr ausführlich beschäftigt. Ich habe nur von den Zinsen dieser Rückstellungen gesprochen. Diese Rückstellungen muss der Kraftwerksbetreiber bilden. Warum muss er aber nicht wie jeder andere auch Zinsen auf diese Beträge bezahlen? Das müssen Sie jemandem erklären, der ein Gefühl für Gerechtigkeit hat. Mich interessiert, wie Sie das begründen wollen, und zwar für einen Normalverbraucher und nicht für irgendwelche ganz klugen Leute.

Kommen wir zum Thema Wind. - Ja, im Freistaat Bayern wird Wind gemacht: 0,6 bis 0,8 - -

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Im Moment wird Wind vor allem von Ihnen gemacht.

(Christian Meißner (CSU): Das ist im Moment aber nur heiße Luft!)

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, muss ich mir so etwas anhören?

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich habe es vorhin schon gesagt, wir machen jetzt noch diese Zwischenbemerkung, und dann ist Schluss.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Staatssekretär, bei der Windenergie sind wir im Freistaat im Hintertreffen, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern wir sind wirklich das Schlusslicht in der Bundesrepublik, und

das dank Ihrer Hilfe. Ihr Innenminister hat dafür gesorgt, dass man einen Brief verschickt hat, in dem festgehalten wurde, was Gemeinden dürfen und was nicht. Das ist eine reine Verhinderungsstrategie, die dafür sorgt, dass wir in Bayern ganz hinten sind und nicht vorne, so wie Sie das immer darstellen.

Noch etwas: Sie haben gesagt, dass es keine Brennelementesteuer als Gegengeschäft zur Laufzeitverlängerung gibt. Ich befürchte, diese Aussage hat den gleichen Wahrheitsgehalt wie Ihre damalige, als Sie Stein und Bein geschworen haben, Schneekanonen würden bei uns nicht gefördert. Ich befürchte, dass Ihre Aussage hierzu den gleichen Wert hat.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Wörner, danke. Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt zwei Minuten.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Ja, noch einmal zu den beiden Fragen. Zur ersten Frage: Die Nichtbesteuerung hat einen klaren Zweck. Es gibt eine Rückbauverpflichtung der Kernenergiebetreiber. Für diese Rückbauverpflichtung muss der Betreiber Rückstellungen bilden. Wenn er diese Rückstellungen nicht bilden kann, meine Damen und Herren, bleibt am Schluss nur der Steuerzahler, der irgendwann den Rückbau der Kernkraftwerke finanzieren muss. Deshalb ist das keine Bevorzugung. Es ist im Interesse der Politik und der Bevölkerung, um dem Kernenergiebetreiber die Möglichkeit zu geben, die Rückstellungen zu bilden.

Zur zweiten Frage, Herr Kollege Wörner: Die Staatsregierung steht zu einem Energiemix, und zu dem gehört auch die Windenergie. Sie brauchen aber auch grundlastkonforme Energieformen. Die Windkraft und die Solarenergie sind nicht grundlastkonform. Die einzige grundlastkonforme regenerative Energie ist die Energieerzeugung aus Biomasse, weil man Biomasse unabhängig von Sonne und Wind zur Verfügung hat. Ich möchte hier noch einmal betonen. Wir haben hier mehr getan als viele andere Bundesländer. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie während der rot-grünen Bundesregierung ein Ausstiegszenario skizziert und es auch beschlossen haben, ohne sich auch nur einen Gedanken darüber zu machen, wie Sie das Loch auffüllen, das dadurch entsteht, wenn Sie die Kernkraftwerke vorzeitig vom Netz nehmen. Mit Windkraft und Solarenergie allein können Sie diese Lücke nicht auffüllen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, damit beende ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5210 - das ist der



Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die GRÜNEN, die SPD, die Freien Wähler und Frau Kollegin Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag 16/5218; das ist der interfraktionelle Antrag von CSU und FDP. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU, die FDP und die GRÜNEN. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der SPD und der Freien Wähler ist der Antrag damit angenommen. - Frau Pauli hat sich enthalten.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5219 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Freien Wähler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten  
Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian  
Meißner u. a. und Fraktion (CSU),  
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto  
Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)  
Linksextremismus wirksam entgegentreten!  
(Drs. 16/5211)**

In aller Neutralität und Bescheidenheit darf ich an die zeitliche Disziplin der Redner appellieren, damit wir bis zum Sitzungsende um 19.00 Uhr fertig werden. Der erste Redner ist Herr Kollege Meißner.

**Christian Meißner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, mir ist sehr bewusst, dass ohne unser aller Unterstützung heute Abend gar nichts geht. Ich werde mich deshalb bemühen, damit wir rechtzeitig fertig werden.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Gleichwohl ist uns dieser Dringlichkeitsantrag "Linksextremismus wirksam entgegentreten!" wichtig. Am 12. Juni 2010 hat aus unserer Sicht die linksextremistische Gewalt einen neuen und besorgniserregenden Höhepunkt erreicht. Sie haben es gelesen: Bei einer Berliner Demonstration wurde eine Splitterbombe auf Polizeibeamte geworfen, durch die zwei Polizeibeamte schwer verletzt wurden. Dieser Anschlag war gezielt, und er wurde mit hoher krimineller Energie

durchgeführt. Das ist eine neue Stufe der Eskalation von linksextremistischen Umtrieben. Wir sollten diesen Anschlag nicht einfach hinnehmen. Ich habe hier ein Dokument aus dem Bundestag, das ich zitieren möchte, darin stehen einige Details zu diesem Anschlag:

Die Verletzungen der Polizeibeamten rühren daher, dass Splitterbomben zum Einsatz kamen, die mit Eisenteilen gespickt, perfiderweise auch noch in eine Plastikhülle gesteckt wurden, damit die Eisenteile durch die Explosion erhitzt werden und mit dem Plastik verschmelzen und so auf den Uniformen festkleben beziehungsweise diese durchdringen. Deshalb sind die Polizisten auch so schwer verletzt worden.

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Herr Freiberg, hat recht, wenn er sagt, durch die Schutzkleidung hätten diese Splitter mehrere Zentimeter tiefe Fleischwunden verursacht. Er hat recht mit seiner Einschätzung, wenn er sagt, das hätte auch tödlich enden können.

Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste. Gewalt gegen Menschen und Sachen ist für uns kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dieser Anschlag war ein weiterer Weckruf in dieser Hinsicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Anschlag stellt einen Höhepunkt in der allgemeinen Problematik dar. Linksextremistische Gewaltdelikte haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bundesinnenminister de Maizière hat erst vor einigen Tagen bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2009 auf den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten hingewiesen. Danach ist nicht nur die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten bundesweit auf 6.600 Personen angestiegen. Vielmehr hat sich auch die Zahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund von 700 im Jahr 2008 auf 1.100 im vergangenen Jahr erhöht. Die Zahl der Brandstiftungen hat sich fast verdoppelt. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte ist um 40 % angestiegen.

Bayern ist keine Insel der Seligen. Laut unserem Verfassungsschutzbericht ist die Zahl linksextremistischer Gewalttaten in Bayern 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % gestiegen. Das ist seit mindestens zwei Jahrzehnten ein Höchststand. Wir wissen gar nicht, wann wir in Bayern je einen solchen Stand gehabt haben.

Vor einer solchen Entwicklung mit dem traurigen Höhepunkt, den ich eingangs erwähnt habe, können wir unsere Augen nicht verschließen. Insbesondere darf linksextremistische Gewalt weder bagatellisiert noch -